

Schleusen-Neubau: SOS gefunkt

SPD-Bundespolitiker, Wirtschaftsvertreter und Lotsen fordern schnelles Handeln

Brunsbüttel (fan) In einem einstimmigen Chor haben Politiker, Vertreter der maritimen Wirtschaft, der Lotsen und der Region von der Bundesregierung vehement die Bereitstellung von Geldern für den Bau der fünften Schleusenkammer gefordert. Andernfalls drohe dem Nord-Ostsee-Kanal der verkehrspolitische Gau, betonten sie.

Es wurde eng am Freitagabend im Torhaus. Knapp zweihundert Zuhörer saßen dicht an dicht auf den Stühlen und extra bereitgestellten Bänken im Saal des Restaurants mit unmittelbarem Blick auf den Kanal. Es war weit mehr als eine Parteiveranstaltung, obwohl die schleswig-holsteinische SPD-Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn und ihr Hamburger Kollege und Parteifreund Johannes Kahrs die Einladenden waren. „Wir wurden von Anmeldungen überrollt“, freute sich Hagedorn.

Klares Zugpferd des Abends war das Motto der Info- und Podiumsdiskussion, das „SOS für den Nord-Ostsee-Kanal“ lautete. Eine ganze Region fürchtet sich um die Zukunft des Kanals und ist besorgt: Zwei marode und ständig wechselnd zu reparierende Schleusenkammern bedrohen derzeit die gesamte Schifffahrt im Norden.

Die beiden SPD-Politiker gehören dem Haushaltsausschuss des Bundestages an. Dort begannen im Oktober die entscheidenden Haushaltsberatungen in Sachen Verkehr. Es geht um die Wurst für den Kanal und die Schleusen, denn das von Dr. Peter Ramsauer (CSU) geführte Bundesverkehrsministerium hat lediglich einen läppischen Zwei-Millionen-Betrag für Infrastrukturmaßnahmen bereitgestellt. „Nicht viel“, wie Johannes Kahrs lakonisch betont, denn insgesamt benötige der Kanal für eine Verbreiterung an einigen Stellen sowie für den Kammerneubau in Brunsbüttel allein 1,2 Milliarden Euro. Im Gegensatz dazu finanziere Ramsauer aber mal eben ein Tunnel-Projekt mit 160 Millionen Euro in seinem eigenen bayerischen Wahlkreis, erläuterte Kahrs weiter. Für den SPD-Politiker ein deutliches Zeichen: Das Geld fließt vor al-

lem in süddeutsche Verkehrsprojekte. „Die Bundesregierung hat kein Konzept für deutsche Wasserstraßen“, kritisierte er.

Dennoch haben Hagedorn und Kahrs noch Hoffnungen. Sie setzen auf die anstehenden Beratungen des Haushaltsausschusses. „Der Minister hat jetzt nicht mehr viel zu sagen, sondern der Ausschuss muss beraten“, erläuterte Hagedorn. Bis zur entscheidenden „Bereinigungssitzung“ am 10. November lohne es sich dafür zu kämpfen, andere Ausschussmitglieder vom Neubau der fünften Schleusenkammer zu überzeugen.

Hagedorn und Kahrs wollen im Ausschuss den Antrag ein-

bringen, dass im Bundesetat des kommenden Jahres zumindest ein Teilbetrag für den 300 Millionen Euro teuren Kammerneubau bereit gestellt wird.

Beide SPD-Haushaltsexperten warnten auch vor Überlegungen des Ministeriums, eine Sanierung der Brunsbütteler Schleusen dem geplanten Neubau vorzuziehen. „Dann würde in den kommenden zwei Jahren nichts passieren und der Neubau in noch weiterer Ferne gerückt werden“, so Bettina Hagedorn. Sollte das eintreten, malte der Ältermann der Lotsenbrüderschaft NOK I die Vision von einer Verlagerung der Containerverkehre auf die Straße an die Wand. „Wenn die neue By-

pass-Kammer nicht schnell kommt, gibt es hier keine Zukunft mehr am Kanal“, unkte Michael Hartmann düster mit Blick auf die marode Schleusentechnik aus Kaisers Zeiten.

Auch die maritime Wirtschaft betrachtet die derzeitige Situation am Kanal mit Sorge und fordert den sofortigen Kammerneubau. „Wir spüren jeden Tag die Auswirkungen“, so Bernd Bertram, Geschäftsführer von Unifeeder Deutschland, über die regelmäßigen Ausfälle der Brunsbütteler Schleusen. Laut Bertram muss das Unternehmen derzeit mit einer Wartezeit vor den Schleusen von zehn Schiffstagen pro Monat leben. Das verursache hohe Kosten, schüttelte er den Kopf. Bertram kritisierte die Bundesregierung für deren Haltung, kein Geld bereit stellen zu wollen. Der Nord-Ostsee-Kanal sei Teil eines global zu betrachtenden Wasserinfrastruktursystems und verbinde die deutschen Seehäfen mit Zielhäfen in der Ostsee. „Für uns ist die ganze Diskussion unbegreiflich“, betonte Bertram, der am Ende der Veranstaltung von der Bundesregierung ein Gesamtkonzept zur maritimen Wirtschaft forderte.



Baufällig: Die Großen Schleusen in Brunsbüttel.

Schleusen-Ausfälle fast verdreifacht

Brunsbüttel (fan) In den vergangenen Jahren ist der Ausfall der Brunsbütteler Schleusen dramatisch angewachsen. Das hat eine Anfrage der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein der Bundestagsfraktion an die Bundesregierung ergeben. Im Jahr 2008 fielen die Brunsbütteler Schleusen für 775 Betriebsstunden aus, im Jahr darauf waren es schon 994 Stunden und im Jahr 2010 sage und schreibe 2724. In diesem Jahr fielen die Schleusen bis Ende August bereits 1225 Stunden für die Schifffahrt aus. Im Vergleich: In Kiel-Holtenau waren es in diesem Jahr bisher nur 220 Stunden.

KOMMENTAR



Von
Stefan Schmid

Politische Willkür

reit. Dann kam eine neue Bundesregierung, damit ein neuer Verkehrsminister auch noch aus dem Süden der Republik – und schon war der Norden abgemeldet.

Immerhin wurden vor Ort schon ein paar Millionen ausgegeben: für den Bau eines neuen Dükers und die Umsiedlung der schützenswerten Krähen-Population.

Auch die Landesregierung trifft eine Mitschuld an der dramatischen Situation. Erst jetzt hat man in Kiel begriffen, dass es fünf Minuten vor zwölf Uhr ist. So bleibt nur zu hoffen, dass sich endlich mehr Mitglieder im Haushaltsausschuss mit der Bedeutung des Nord-Ostsee-Kanals auseinandersetzen. Ansonsten sollten sie wissen: Wir haben den Kanal schon lange voll!